

# Inhalt

<b>I</b>	<b>Einleitung und Problemstellung</b>	<b>1</b>
<b>II</b>	<b>Staatliches Einwirken auf die Erfüllung grenzüberschreitender Forderungen – Rahmenbedingungen der Umschuldung</b>	<b>5</b>
1	Die umschuldungsrelevanten grenzüberschreitenden Forderungen	5
2	Formen staatlichen Einwirkens	11
2.1	Nichterfüllung oder Verzug bei Staatsschulden	11
2.2	Staatliches Einwirken auf Forderungen gegenüber privaten Schuldner	12
3	Staatliches Einwirken auf die Erfüllung grenzüberschreitender Geldforderungen aus völkerrechtlicher Sicht	21
3.1	Einführung und Übersicht	21
3.2	Nichterfüllung seitens des Staates als Schuldner	24
3.2.1	Nichterfüllung völkerrechtlicher Verträge	24
3.2.2	Nichterfüllung privatrechtlicher Verträge	32
3.2.3	Das Problem der odiosen Schulden	37
3.3	Staatliches Einwirken auf Forderungen gegenüber privaten Schuldner	42
3.3.1	Völkerrechtliche Verträge	42
3.3.1.1	Das Abkommen über den Internationalen Währungsfonds	42
(a)	Zweck- und Anwendungsbereich	42
(b)	Die Festlegung von Wechselkursen	43
(c)	Verbotstatbestände für staatliches Einwirken auf grenzüberschreitende Zahlungen	44
(d)	Ausnahmen von den Verboten restriktiver und diskriminierender Einwirkung auf grenzüberschreitende Zahlungen	53
(e)	Wirkungen zulässiger Beschränkungen (Art. VIII 2 (b))	61
3.3.1.2	Andere Verträge	66
(a)	Bilaterale Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge	66
(b)	Bilaterale Investitionsschutzverträge	67
(c)	Multilaterale Kooperationsverträge	69
(d)	Das Verhältnis der Freundschafts-, Schiffahrts-, Handels- und Investitionsschutzverträge zum Abkommen von Bretton Woods	71
3.3.1.3	Internationale Währungsordnung und internationale Handelsordnung – IWF und GATT	73

3.3.2	Völkergewohnheitsrecht	75
3.3.2.1	Das Verhältnis von Völkergewohnheitsrecht zu den geld- und währungsrechtlichen Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen	75
3.3.2.2	Der Grundsatz der geld- und währungspolitischen Souveränität	76
3.3.2.3	Grenzen der geld- und währungspolitischen Souveränität, insbesondere im Hinblick auf den völkerrechtlichen Eigentumsschutz	79
3.3.3	Gewohnheit und Courtoisie	83
4	Sicherungsmöglichkeiten gegen staatliches Einwirken auf die Erfüllung grenzüberschreitender Forderungen	87
4.1	Vorbemerkung	87
4.2	Vertragstypen	89
4.3	Grundzüge der Vertragsgestaltung	90
4.4	Vertragsklauseln und Regelungsprobleme	91
4.4.1	Rechtswahlklauseln	91
4.4.2	Gerichtsstandklauseln	93
4.4.3	Schiedsgerichtsklauseln	94
4.4.4	Immunitätsverzichtsklauseln	96
4.4.5	Bestimmungen über die Zahlungsweise, insbesondere bezüglich des Zahlungsortes	98
4.4.6	Saldenausgleichsklauseln	99
4.4.7	Kündigungsklauseln	99
4.5	Zwischenstaatlicher Schutz und Calvo-Doktrin	100
4.5.1	Diplomatischer Schutz	101
4.5.2	Calvo-Doktrin	102
4.6	Anerkennung staatlicher Maßnahmen des Schuldnerlandes durch Gerichte in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland	103
4.7	Schutz durch internationale Gerichte	106
4.8	Folgerungen und Perspektiven	106

<b>III</b>	<b>Die rechtliche Struktur internationaler Umschuldungen</b>	<b>109</b>
1	Bestandsaufnahme – das Verschuldungsproblem	109
1.1	Historische Entwicklung	109
1.2	Heutige Problemstellung	115
2	Die Umschuldung öffentlicher Forderungen	117
2.1	Akteure – der Pariser Club	117
2.2	Das Vorfeld der Umschuldung – die Rolle des IWF und der BIZ	118
2.2.1	Die Schuldnersituation	118
2.2.2	Die Rolle des IWF	119
2.2.3	Die Rolle der BIZ	124
2.3	Das Umschuldungsverfahren	126
2.4	Regelungsinhalte der Umschuldungsvereinbarungen	126
2.5	Die Ausführungsregelungen für die Umschuldungsvereinbarungen	130
2.6	Völkerrechtliche Beurteilung der Umschuldungspraxis	132
2.6.1	Das Verfahren des Pariser Clubs	132
2.6.2	Rechtswirkungen der <i>Agreed Minutes</i>	134
2.7	Entwicklungsperspektiven – die Arbeiten der UNCTAD	140
3	Die Umschuldung von Bankenforderungen und das Zusammenwirken verschiedener Gläubigerklassen	148
3.1	Einführung	148
3.1.1	Umfang der Kreditvergabe	148
3.1.2	Nachfrage nach Neukrediten	149
3.1.3	Tendenzen der künftigen Kreditvergabe	150
3.1.4	Grundzüge des Umschuldungsverfahrens und der Umschuldungsvereinbarungen	152
3.2	Die Berührungspunkte zwischen öffentlichen und privaten Gläubigern – ein Überblick	157
3.2.1	Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Gläubigern	157
3.2.2	Problembereiche	161
3.2.3	Ebenen des Zusammenwirkens	162
3.3	Banken und der Internationale Währungsfonds	165
3.3.1	Die Rolle des IWF bei Umschuldungen	165
3.3.1.1	Der Zeitraum bis 1982	165
3.3.1.2	Der Zeitraum seit 1982	167
3.3.1.3	Hauptfunktionen des IWF gegenüber Gläubigerbanken	169
3.3.2	Berührungspunkte zwischen Banken und dem IWF	173
3.3.2.1	„Konzertierte Finanzierung“	173
3.3.2.2	Kreditüberwachung	178

3.3.3	Mechanismen der Zusammenarbeit	183
3.3.3.1	Zustimmung zu IWF-Programmen	184
3.3.3.2	Mechanismen in Kreditverträgen der Banken	185
3.3.4	Konfliktive Bereiche: Grenzen der Zusammenarbeit	189
3.3.4.1	Allgemeine Entscheidungskriterien	189
3.3.4.2	Informationspflichten	193
3.3.4.3	Ergebnisse	196
3.4	Die Banken und die Weltbank	198
3.4.1	Grundlagen der Ko-finanzierung	200
3.4.2	Schutz- und Anreizklauseln der Ko-finanzierung	202
3.4.2.1	Informationsaustausch	203
3.4.2.2	Verknüpfung von Kündigungsgründen	203
3.4.2.3	Schutz vor Umschuldungen	204
3.5	Die Banken und die Gläubiger des Pariser Clubs	207
3.5.1	Die „Initiativklausel“	208
3.5.2	Sanktionen	210
3.6	Gleichbehandlung in der Umschuldung der Banken	212
3.6.1	Änderungsklauseln	212
3.6.2	Saldenausgleichs- und Tilgungsklauseln	215
3.6.3	Zentralisierung der Zahlungen durch den Schuldner	218
3.7	Zusammenfassung	220
<b>IV</b>	<b>Die Umschuldung im innerstaatlichen Recht des Gläubigerstaates</b>	<b>223</b>
1	Einführung	223
2	Die Rolle der Bankenaufsicht	224
2.1	Konflikte zwischen den verschiedenen Systemen der Bankenaufsicht	224
2.2	US-amerikanische Bankenaufsicht	225
2.2.1	Zuständige Institutionen	225
2.2.2	Bankenaufsicht vor 1983	226
2.2.3	Änderungen durch den <i>International Lending Supervision Act</i>	226
2.3	Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland	231
2.3.1	Institutionelle Grundlagen	231
2.3.2	Bankenaufsicht bezüglich des Wertansatzes von Forderungen	232
2.3.2.1	Einführung	232
2.3.2.2	Wertansatz in der Handelsbilanz	234
2.3.2.3	Die Rolle der Bankenaufsicht	235
2.3.2.4	Steuerrechtliche Aspekte	237
2.3.2.5	Auswirkungen eines Sekundärmarktes	239
2.3.2.6	Offizielle Ermittlung von Länderrisiken	239

2.3.2.7	Ergebnis	240
2.3.3	Der Grundsatz der angemessenen Eigenkapitalausstattung gemäß § 10 Abs. 1 KWG	241
2.3.4	Bestimmungen über Groß- und Millionenkredite	243
2.4	Unterschiede der US-amerikanischen und der deutschen Bankenaufsicht	245
3	Rechtswirkungen der bilateralen Umschuldungsverträge	246
3.1	Einführung	246
3.2	Forderungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	247
3.3	Forderungen privater Gläubiger	247
3.3.1	Das System der Ausfuhrgewährleistung in der Bundesrepublik Deutschland	248
3.3.2	Die Gestaltung der bilateralen Umschuldungsvereinbarungen und ihre innerstaatliche Umsetzung	253
3.3.3	Die Rechtsbeziehungen zwischen Deckungsnehmer und Deckungsgeber bzw. Mandatar	258
3.3.3.1	Wirtschaftliche Grundlagen	258
3.3.3.2	Anspruchsgrundlagen	261
3.3.4	Verfassungsrechtliche Beurteilung	265
3.3.4.1	Haushaltsrecht	265
3.3.4.2	Gesetzesvorbehalt, Zustimmungsbefähigung und Auswirkungen auf Grundrechtspositionen	266
<b>V</b>	<b>Zusammenfassung</b>	271
	<b>Literaturverzeichnis</b>	283